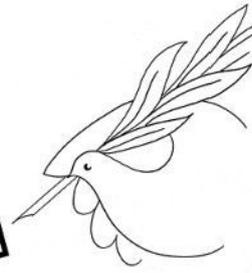


# FRIEDENS JOURNAL



## Westliche Werte und regelbasierte Weltordnung?

Quelle: Offizielles Foto von Adam Schultz (White House) vom 11.6.2021 - gemeinfrei



- Grüner Menschenrechts-Intervenismus für westliche Vorherrschaft
- Klimapolitik der Grünen in Zeiten militärischer Konfrontation
- Libysche Flüchtlingslager und die EU-Behörde Frontex
- Gerechter Friede für Israelis und Palästinenser?
- Was macht das Africom in Stuttgart?



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2021/Nr. **4**

## Westliche Werte und regelbasierte Weltordnung?

Inhalt	
Grüner Menschenrechts-Intervenismus	3
Klimapolitik der Grünen	6
Libysche Flüchtlingslager und Frontex	8
Angriffe auf die Flüchtlingskonvention	9
Gerechter Friede für Israelis und Palästinenser?	10
Das Elend der deutschen Nahost-Politik	11
„Nach Corona“: Hin zum heißen Krieg oder globalem New Deal?	12
Zeitungsanzeige: „Lasst uns endlich Frieden schließen“	13
Bundesausschuss Friedensratschlag zur Bundestagswahl	14
Tatort Stuttgart: Das Africom in Afrika	15
Neues Visualisierungstool für fremde Militärbasen	16
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.7.2021	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
<b>Herausgeber:</b>	
Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
<b>Redaktion:</b>	
Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
<b>Redaktionsanschrift:</b>	
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
<b>Kontoverbindung:</b>	
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
<b>Internetausgabe:</b>	
auf <a href="http://www.frieden-und-zukunft.de">www.frieden-und-zukunft.de</a> einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010.	
ISSN 2193-9233	

Aus Platzgründen enthalten unsere Artikelbeiträge keine Fuß- bzw. Endnoten. Diese können auf der Homepage der Friedens- und Zukunftswerkstatt abgerufen werden in einer separaten Datei:

*Quellenangaben und und weitere Hinweise zu den Einzelbeiträgen (als PDF)*

Liebe Leserinnen und Leser,

der kürzliche G7-Gipfel im britischen Cornwall der selbst so ernannten Vertreter „westlicher Werte“ und einer „regelbasierten Weltordnung“ hat – ebenso wie der kurz danach stattgefundenen NATO-Gipfel in Brüssel – wieder mal gezeigt, dass eine weltpolitische Zuspitzung mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Konfrontation angesagt ist. Dieses erfolgt mit immer absurder werdenden propagandistischem Trommelfeuer gegen Russland und China.

Immer mehr gibt es deshalb auch in Deutschland eine politische Spaltung zwischen denjenigen Kräften, die diesem, von den USA vorgegebenen Kurs blindlings folgen und solchen, die sich diesem teilweise oder konsequent widersetzen. Der kürzliche 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion hat gezeigt, welche Gräben sich hier auftun. Wir haben in dieser Ausgabe die Zeitungsanzeige dokumentiert, die eine gesellschaftlich breite Unterstützung gefunden hat.

Im Zeichen des nunmehr laufenden Bundestagswahlkampfes ist von besonderem Interesse, wie sich die Parteien im einzelnen dazu positionieren. Besonders interessiert hierbei die Position der Grünen, bei denen eine Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl als wahrscheinlich gelten kann. Es ist erschreckend, dass deren Parteispitze mittlerweile zu den schlimmsten Scharfmachern in der Konfrontation mit Russland und China gehören.

Joachim Guilliard untersucht und bewertet diese Entwicklung in seinem Beitrag die Worthülsen, Doppelstandards und transatlantische Hörigkeit führender Grünen-PolitikerInnen.

Karl-Heinz Peil ergänzt diesen Beitrag mit einigen Ausführungen darüber, wie es mit möglichen Änderungen in der Klimaschutzpolitik unter Grüner Regierungsbeteiligung bestellt ist. Schließlich handelt es sich hierbei um das Thema, das derzeit für Stimmenzuwächse der Grünen bei den

Bundestagswahlen am meisten relevant sein dürfte. Demgemäß dürften auch die Enttäuschungen nach der Wahl besonders groß sein, so das Fazit des Beitrages.

Doch die Propagierung „Westlicher Werte“ und einer „regelbasierter Weltordnung“ wird natürlich immer mehr zum generellen Merkmal der deutschen Politik. Wie verlogen und moralisch verkommen diese Entwicklung ist, ließe sich an vielen Beispielen festmachen. Am gravierendsten gilt dieses sicherlich für den Umgang mit Flüchtlingen und der brutalen Abschottung durch die „Festung Europa“. Wir gehen deshalb auf die aktuellen Entwicklungen in libysche Flüchtlingslager sowie den schmutzigen Deals mit Griechenland und der Türkei ein.

Ein Dauerthema doppelter Standard ist auch der Umgang mit den Palästinensern. Hier könnte eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Politik einen wichtigen Impuls für die Lösung des Dauerkonflikts um den Existenzkampf der Palästinenser und deren Menschenrechte geben. Der jüngste Gazakrieg hat wieder mal gezeigt, dass die deutsche Nahost-Politik dazu weder willens noch fähig ist und israelische Kriegsverbrechen komplett ignoriert. Unser Autor Martin Breidert kann dazu auf langjährige persönliche Kontakte verweisen.

Das jüngste Buch von Wolfram Elsner „Die Zeitenwende, China, USA und Europa ‚nach Corona‘“, das wir in dieser Ausgabe vorstellen, verweist auf die Gründe für die zunehmend aggressive Haltung gegenüber China: Den dramatischen Einflussverlust der G7-Länder gegenüber einer Politik, die auf globale Kooperation und faire Handelsbeziehungen angelegt ist.

Diese Alternativen, zusammen mit dem Kampf gegen irrsinnige militärische Aufrüstungsprojekte, gilt es gegen das propagandistische Trommelfeuer aus Medien und Politik durchzusetzen und bei anstehenden Aktionen hervorzuheben.

*Die Redaktion*

## Grüner Menschenrechts-Intervenismus für westliche Vorherrschaft

von Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Parallel zum Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fanden vom 11. bis 13. Juni auch der G7-Gipfel im englischen Carbis Bay und wenig später der NATO-Gipfel in Brüssel statt. Sowohl in Carbis Bay als auch in Brüssel einigten sich die Teilnehmer auf einen aggressiveren Kurs gegen Russland und China. Die NATO stünde, wie es US-Präsident Joe Biden formulierte, im Umgang mit diesen beiden Ländern vor „neuen Herausforderungen“, da beide, „nicht so wie von uns erhofft“ handeln würden.<sup>1</sup> Nachdem er die von seinem Vorgänger ausgelösten Irritationen beseitigt hat, will man nun die Kräfte wieder vereinen, um mit allen Mitteln die westliche Vormachtstellung in der Welt zu verteidigen. „Wir sind in einem Wettstreit um den Sieg im 21. Jahrhundert“, so Biden auf dem G7-Treffen, „und der Startschuss ist gefallen.“<sup>2</sup>



Die Grünen machten auf ihrem Parteitag deutlich, dass sie einen solchen Kurs uneingeschränkt unterstützen und dabei als Regierungspartei ein verlässlicher Partner sowohl fürs transatlantisch orientierte deutsche Kapital als auch für die USA wären. Ihre Gastredner, Ex-Siemens-Chef Joe Kaeser und die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright, unterstrichen dies eindrücklich. Der Titel ihres Wahlprogramms zur kommenden

Bundestagswahl „Deutschland. Alles ist drin.“ klingt in diesem Kontext geradezu bedrohlich.

### Meister des doppelten Standards

Dem Zeitgeist entsprechend, den die Grünen wie keine andere deutsche Partei bedienen, sind die Töne im Wahlprogramm moderat. Zentral für die Außenpolitik soll der Vorrang der „Menschenrechte“ sein und die „Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit“, vor allem mit den USA. Ihre „Außen- und Sicherheitspolitik“ ziele „darauf, Konflikte zu verhindern“ und setze daher auf „Vorausschau“ und „nachhaltige Entwicklung“. Auch von „ziviler Krisenprävention“, „Konfliktverhütung“ und „Friedenskonsolidierung“ ist die Rede.

Die Grünen präsentieren sich generell gerne als die Partei, die sich den Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat, und entfalten dabei einen geradezu missionarischen Eifer. Auffällig ist jedoch, dass ihr Ansatz sehr selektiv ist. In erster Linie geraten nur Länder in ihren Fokus, die nicht zum Kreis der Bündnispartner zählen. Ein typisches Beispiel waren die sehr unterschiedlichen Reaktionen bezüglich des Vorgehens chinesischer Sicherheitskräfte gegen die Krawalle in Hongkong 2019 und ihrem französischen Pendant gegen gleichzeitige Demonstrationen der „Gelbwesten“.<sup>3</sup> Obwohl die Proteste in Hongkong, wo u.a. U-Bahn-Stationen in Brand gesteckt worden waren, ungleich gewalttätiger waren, als in Frankreich, führte die chinesische Polizeigewalt zu Parlamentsanträgen und Sanktionsforderungen gegen China, während man Kritik an der kaum weniger heftigen In Frankreich vergebens sucht.<sup>4</sup>

Die Rede ist zudem nur von bürgerlichen Rechten. Als Maßstab für Entwicklung eines Landes dient allein die im Westen etablierte liberale, marktwirtschaftliche, bürgerlich-parlamentarische Gesellschaftsordnung, die in der Auseinandersetzung um andere gesell-

schaftliche Ansätze zum „westlichen Wertesystem“ erhöht wird.

In welchem Maß in den ins Visier genommenen Ländern soziale Menschenrechte gelten, spielt keinerlei Rolle. Was bedeutet es schon, dass China in den letzten Jahrzehnten 800 Millionen Menschen aus extremer Armut befreit hat, Syrien bis 2011 ein entwickeltes Land war, in dem eine Vielfalt von Völkern und Religionen relativ friedlich zusammenlebten, oder die LibyerInnen unter Gaddafi den höchsten Lebensstandard ganz Afrikas genossen. All dies zählt nicht, wenn sie sich nicht den vom Westen vorgegebenen Gepflogenheiten, Normen und Interessen unterordnen wollen.

### „Führerschaft der USA und Europas“

Auch den Grünen, die erklärtermaßen außenpolitisch fest an der Seite der USA stehen, dient die Menschenrechtsrhetorik letztlich wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen. Madeleine Albright machte als Gastrednerin unmissverständlich deutlich, um was es den herrschenden transatlantischen Kreisen geht. Als Erstes müsste die Führerschaft der USA und Europas einschließlich Deutschlands wiederhergestellt werden.<sup>5</sup> Denn „keine andere Gruppe von Nationen“ habe „sowohl die historische Identifikation mit der Freiheit als auch die geographische Reichweite, um demokratische Institutionen in jeder Region zu inspirieren und zu stärken.“ Offensichtlich spielt die „Grand Dame“ der US-Außenpolitik hier auf die Möglichkeiten an, direkt oder indirekt via regierungsnahen NGOs, pro-westliche Kräfte in gegnerischen Ländern aufzubauen, und mit ihnen unliebsame Regierungen unter Druck zu setzen oder gar durch „bunte Revolutionen“ zu stürzen.

Diesem Hegemoniestreben stehen selbstverständlich alle Länder im Wege, die sich der Führerschaft nicht unterordnen wollen, und werden als Gegner behandelt, vorneweg natürlich die potentesten Störenfriede, Russland und China.

## Gegen den Aufstieg Chinas

Hinter der aggressiven Haltung der Grünen gegenüber China ist ebenfalls unschwer die Sorge vor den enormen Erfolgen des Riesenlands zu erkennen. So warnt Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock vor dessen großem Investitionsprojekt der „Neuen Seidenstraße“. Vor allem von der Art seiner Wirtschaftspolitik gehe eine Gefahr aus. Die Volksrepublik würde versuchen Abhängigkeiten bei anderen Ländern zu schaffen, etwa durch Investitionen in Infrastruktur.<sup>6</sup> Das muss natürlich weiterhin dem Westen vorbehalten bleiben.

Unermüdlich nimmt sie daher zusammen mit Co-Parteichef Robert Habeck und anderen führenden Politikern der Partei, die auf Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen gerichtete Chinapolitik der Bundesregierung unter Beschuss. Die führenden Grünen sind auch strikt gegen das EU-China-Investitionsabkommen. Besonders aggressiv agiert auf EU-Ebene der grüne EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer. Gemeinsam mit antichinesischen Hardlinern aus den USA, wie dem neokonservativen Senator Marco Rubio, spielte er eine führende Rolle bei der Gründung der Inter-Parliamentary Alliance on China (IPAC), einem gegen China gerichteten Bündnis transatlantischer Parlamentarier aus mittlerweile 16 Staaten.<sup>7</sup> Bütikofer und die grüne Bundestagsabgeordnete Margarete Bause fungieren als Ko-Vorsitzende, dieser ansonsten überwiegend aus rechten und liberalen Abgeordneten gebildeten Pressure Group für schärfere Sanktionen. Erklärtes Ziel der IPAC ist es, eine „koordinierte Antwort“ auf den Aufstieg Chinas zu fördern.<sup>8</sup>

## Washingtons Hoffnungsträger

Indem die Grünen sich dafür stark machen, nationale wirtschaftliche Interessen dem Kampf gegen Russland und den Aufstieg Chinas unterzuordnen, beflügelt ihr Höhenflug in Washington die Hoffnungen für die Zeit nach Merkel. Sie seien eine „pragmatische Partei mit einem entschlossenen Ansatz in der Außenpolitik“, welche „der deutschen Mitgliedschaft in der Nato und einer starken transatlantischen Allianz verpflichtet“ sei, lobte sie jüngst die New York Times.<sup>9</sup> Mit der

Vehemenz, wie sie Russland und China wegen Demokratie und Menschenrechte angreifen, seien sie weniger eine „vegetarische Fraktion der Christdemokraten“, wie einige meinen, als vielmehr ein Pendant der Neocons in den USA. Da die Grünen mehr auf multinationale Ansätze, UNO etc setzen, stimmen ihre Positionen jedoch eher mit denen der Falken in der Demokratischen Partei, wie die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton, und ihrem Menschenrechtsimperialismus überein.

## Speerspitze im neuen „Kalten Krieg“

Als die Partei gegründet wurde, engagierten sich die deutschen Grünen für ein Ende des Kalten Krieges und verdammt die Feindbilder, mit denen Deutschlands frühere Feinde bedacht wurden. Heute zählen sie zu denen, die am eifrigsten russische und andere Feindbilder pflegen. Sie befeuern die aggressive Politik gegen gegnerische Länder und Regierungen, indem sie die Narrative der dortigen pro-westlichen Oppositionellen stützen und selbst krudeste Verschwörungstheorien, wie die, eines angeblich von Moskau angeordneten Giftanschlags auf Navalny, offensiv verbreiten. „Sie haben es zu einer wahren Meisterschaft gebracht, die Moral für sich zu reklamieren“, so der Bundestagsabgeordnete Alexander Neu (Die Linke), „um einen Regime-Change in Moskau und Minsk nach Kiewer Vorbild herbeizuführen.“<sup>10</sup>

Die linke innerparteiliche Kritikerin der Grünen, Antje Vollmer, beklagt, viele Führungskräfte in Politik und Medien in „den liberalen Demokratien westlichen Zuschnitts“ würden „in einer eigenen Blase, mit eigenen Wertmaßstäben“ leben, und innereuropäische Konflikte, „ob mit Griechenland und Italien, ob mit Ungarn und Polen oder gar mit Russland“ würden „in der Regel vom hohen Ross eines moralischen Imperialismus ausgefochten“. Diese Kritik richtet sich wohl nicht zuletzt an die Führung ihrer Partei, deren moralisches Überlegenheitsdenken gern im Gewand „europäischer Werte“ daherkommt. Das gilt in besonderem Maß, wenn sie die „fehlende Empathie gegenüber den gigantischen Problemen Russlands“ moniert, sowie die Ignoranz gegenüber den ge-

sellschaftlichen Erfolgen der VR China, die die „großen Welt- und Daseinsprobleme offenbar wirksamer zu bewältigen versteht als die eigene Führungsmacht.“<sup>11</sup>

Von ihren friedenspolitischen Ansätzen haben sich die Grünen bekanntlich schon lange verabschiedet. Auf dem Parteitag ließen sie nun auch das Nein zu Kampfdrohnen hinter sich. Im Programm verblieben ist noch die Ablehnung von Atomwaffen. Ihr Nein zur „nuklearer Teilhabe“ und ihr Ja zum Atomwaffenverbot stehen allerdings im Widerspruch zu ihrem klaren uneingeschränkten Bekenntnis zur NATO. Das neue Wahlprogramm versucht nun Zeit zu gewinnen, indem es heißt, dass dafür „Zwischenschritte“ und „Gespräche im Bündnis nötig“ seien.

Ihre Parteistiftung ist hier schon weiter. Die Heinrich-Böll-Stiftung fordert in einem Aufruf, den sie zur Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden veröffentlichte, neben einer weiteren „substantiellen Erhöhung“ des deutschen Militäretats und einem Ausbau der NATO, dass „Deutschland an der Nuklearen Teilhabe festhalten und nötige Modernisierungsschritte umsetzen“ müsse.<sup>12</sup> Unterzeichner und vermutlich Mitautoren sind auch zwei ranghohe Generäle der Bundeswehr. Einer von ihnen, Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß war von Oktober 2013 bis Juli 2018 Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung und als solcher im Jahr 2014 federführend mit der Neuausrichtung der NATO gegen Russland befasst.

## „Regelbasierte Ordnung“ versus Völkerrecht

„Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen“ heißt es im Wahlprogramm. Deutschland und EU sollen dazu „mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen“, mit anderen Worten aufrüsten und stärker in andere Länder und Regionen intervenieren.

Die gemeinsame Verteidigung der „regelbasierten internationalen Ordnung“, die von Peking und Moskau in Frage gestellt würde, durchzog auch die Erklärungen auf den Gipfeln der G7 und der NATO. Der Begriff „regelba-

sierte Ordnung“ hat sich offensichtlich etabliert, um den Begriff Völkerrecht zu vermeiden. Völkerrecht ist kodifiziertes Recht, festgelegt in der UN-Charta, UN-Konventionen und internationalen Verträgen, ergänzt durch Resolutionen des UN-Sicherheitsrat und der UN-Vollversammlung. Die „regelbasierte Ordnung“, von der die NATO-Mächte und die Grünen reden, ist schlicht die, die sie – als „die Guten“ – selbst festlegen. So gebührt es dem Hegemon und wird von den USA auch schon lange praktiziert.

Unter Berufung auf diese Ordnung will man auch weiterhin am Völkerrecht vorbei sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, ihre Souveränität missachten, sie mit Wirtschaftsblockaden strangulieren oder gar militärisch intervenieren können. Geradezu zynisch wird die Propaganda, wenn China und Russland vorgeworfen wird, „die Standards der internationalen Rechtsordnung“ nicht einzuhalten. Schließlich haben nicht sie Jugoslawien, den Irak oder Libyen überfallen.

### „Regime Change“ und humanitäre Interventionen

Der Interventionismus der Grünen richtet sich bekanntlich nicht nur gegen Russland und China. Sie unterstützen auch aktiv die „Regime Change“-Bemühungen in Ländern wie Syrien, Venezuela und Bolivien. Die Interessen und politischen Wünsche der Bevölkerungsmehrheit spielen dabei keine Rolle und auch nicht wie wenig fortschrittlich und demokratisch die oppositionellen Kräfte sind. Ganz egal ob es sich um Dschihadisten oder Reaktionäre handelt, Hauptsache sie versprechen die Unterordnung des jeweiligen Landes unter westliche Interessen. Sie stellten sich 2011 auch hinter den NATO-Krieg gegen Libyen und machten stets deutlich, dass es unter einem grünen Außenminister keine Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Resolution gegeben hätte, die als Legitimation für den Überfall genutzt wurde.

Folgerichtig machen sich die Grünen auch weiterhin für das Konzept der „Schutzverantwortung“ stark, auch unter Einsatz „militärischer Gewalt als Ultima Ratio“. Um solche „humanitäre

Interventionen“ auch dann durch ein UN-Mandat legitimieren zu können, „wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht“ würde, fordern sie eine Reform der UNO. In diesem Fall soll die Generalversammlung an seiner Stelle über friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Eine Überwindung eines Vetos in dem von NATO-Staaten dominierten Sicherheitsrat durch eine Mehrheit der UNO klingt zunächst demokratisch und eine solche Möglichkeit hätte man sich bei vielen Vetos der USA, die bisher die meisten Resolutionen blockierten, gewünscht. Die Grünen haben jedoch die Vetos der Rivalen China und Russland im Blick und bauen darauf, dass der Westen noch immer über genügend Einfluss und Druckmittel verfügt, die nötigen Mehrheiten zu sichern.

Von den bisherigen Erfahrungen mit militärischen „Schutz-Interventionen“ der NATO-Staaten lassen sie sich nicht irritieren. Ob Irak, Jugoslawien oder Libyen, in allen Fällen, haben sich die Vorwürfe, mit denen die Kriege gerechtfertigt wurden, als falsch erwiesen. Die Folgen für die Menschen, die man angeblich schützen wollte, sind bis heute verheerend. Libyen ist das Paradebeispiel dafür. Der NATO-Krieg zum Sturz Muammar al-Gaddafis gilt schließlich als erster Anwendungsfall des 2005 durch die UNO eingeführten Konzepts der „Schutzverantwortung“, das die etwas in Verruf geratene „humanitäre Intervention“ ablösen sollte.

### Besser akzeptiert: Wirtschaftskriege

Bevorzugtes Mittel der Grünen, andere Länder auf den gewünschten Kurs zu bringen, sind zivile Zwangsmaßnahmen, wie Handels- und Wirtschaftsblockaden, die in der Öffentlichkeit wesentlich leichter akzeptiert werden. Sie stehen daher u.a. auch hinter den Wirtschaftskriegen gegen Venezuela und Syrien – ungeachtet der verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung. Auch sie lasten diese zynisch den Regierungen der betroffenen Länder an und ignorieren dabei sorgfältig belegte Berichte von UNO- und Menschenrechts-Organisationen. Die bestehenden Syriensanktionen der EU und der USA würden die Versor-

gung des Landes mit Medikamenten und Lebensmitteln nicht erschweren, behauptete beispielsweise der außenpolitische Sprecher Omid Nouripour in einer Pressemitteilung zum „Caesar Act“, mit der die USA im letzten Juni die Wirtschafts- und Finanzblockade massiv ausweiteten.

Die Untersuchungen des UN-Sonderberichterstatters über negative Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, der seine Ergebnisse am 31. Mai 2019 auf Einladung der IPPNW und der Linksfraktion auch in Berlin im Abgeordnetenhaus vorstellte, ergaben ein völlig anderes Bild. Statt durch Bomben würde die Menschen nun einen „stillen Tod“ erleiden, so sein düsteres Fazit. Jazairy betonte immer wieder, dass es nicht nur zynisch und absurd ist, die Menschen, deren Rechte man angeblich schützen will, durch Blockaden ins Elend zu stürzen, sondern auch eklatant gegen internationales Recht verstoßt. Das sieht eine Mehrheit in der UNO genauso. Alfred de Zayas, der frühere UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, verlangt sogar, dass der Internationale Gerichtshof die Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela als mögliches Verbrechen gegen die Menschheit untersuchen soll.<sup>13</sup>



*Madeleine Albright am 1.1.1999 bei der Begrüßung neuer NATO-Mitglieder.  
Quelle: Wikipedia*

Die Grünen stellen sich jedoch auch hier hinter die Haltung der USA und der EU: solange es den Syrern oder den Venezolaner nicht gelingt, ihre Regierung loszuwerden, haben sie auch kein Ende der Blockade und keine Hilfe zu erwarten. Ihre Gastrednerin Albright würde es heute vermutlich nicht mehr so offen sagen, aber 1996 bejahte sie die Frage, ob das Irak-Embargo den Preis von einer halben Million Kinder wert sei.

# Klimapolitik der Grünen in Zeiten militärischer Konfrontation

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.



Grafik: gemeinfrei / Friedensjournal

Es ist offensichtlich, dass man der derzeitigen Koalition auf Bundesebene ein Totalversagen in der Klimaschutzpolitik bescheinigen muss. Auch nach dem Urteil des BVerfG zur gesetzlichen Verpflichtung zum Klimaschutz, um damit elementare Grundrechte zu sichern, ist das, was am letzten Sitzungstag des Bundestages in der alten Legislaturperiode beschlossen wurde, allenfalls kosmetischer Art. Nicht zuletzt deshalb ist absehbar, dass die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl einen erheblichen Stimmenzuwachs erreichen werden, der zu einer Regierungsbeteiligung und damit einhergehend mit starkem Einfluss auf die künftige Klimaschutzpolitik führen dürfte.

Sicherlich sind damit einige Kurskorrekturen zu erwarten, jedoch dürften all diejenigen herb enttäuscht werden, die daran hohe Erwartungen knüpfen. Das hat sich bereits in den Bundesländern mit Regierungsbeteiligung der Grünen gezeigt, wo sich eine lange Liste von umweltpolitischen Einknicken gegenüber der CDU bzw. dem Widerstand von Wirtschaftsverbänden und Industrieunternehmen aufzählen ließe. An dieser Stelle soll es aber nur um die Bundespolitik und den internationalen Kontext gehen.

## UN-Nachhaltigkeitsziele und internationale Kooperation

Im Wahlprogramm der Grünen ist das Kapitel 6 überschrieben mit: „International zusammenarbeiten“. Einleitend heißt es dort:

*Unser grüner Faden in der Internationalen Politik ist die Ausrichtung auf die*

*globale sozial-ökologische Transformation. Wir setzen uns ein für eine vorausschauende, Krisen vermeidende und Widerstandskraft stärkende Politik, um den globalen Herausforderungen Klimakrise, Pandemien, Migration und wachsender Ungleichheit zu begegnen. Grundlage unserer Politik ist der feste Glaube an Kooperation und Multilateralismus, ausgehend von einer gestärkten und handlungsfähigen EU. Dabei wissen wir um die Hürden und Hindernisse, die innerhalb der EU, aber auch im globalen Machtgefüge und ducken uns vor schweren Fragen und Dilemmata nicht weg. Wir wollen die EU stärken und Bündnisse mit all denen schmieden, die bereit sind, auf Grundlage der rechthebasierten, internationalen Ordnung und gemeinsamer Werte an der notwendigen Transformation unserer Wirtschaften und Gesellschaften zu arbeiten.*

Maßstab für eine globale sozial-ökologische Transformation wäre ein engagiertes Eintreten für die Agenda 2030 bzw. die Nachhaltigkeitsziele der UNO. Als Voraussetzung für die dort genannten Einzelziele (Nr. 1 bis 15) kann man das Teilziel Nr. 16: „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ ansehen. Ebenso als übergeordnetes Ziel ist das letzte Teilziel Nr. 17 zu nennen: „Partnerschaften für diese Ziele“.

Wenn man die drohende Klimakatastrophe in selbiger Weise wie die Gefahr eines globalen Atomkrieges sieht, dann ist eine umfassende internationale Kooperation zwingend. Dazu stehen Staatenbündnisse im Widerspruch, die einen ausgrenzenden und konfrontativen Charakter haben. Der bei den Grünen programmatisch formulierte Halbsatz „Grundlage unserer Politik ist der feste Glaube an Kooperation und Multilateralismus“ steht aber im direkten Widerspruch zum zweiten Halbsatz „ausgehend von einer gestärkten und handlungsfähigen EU.“

## Regionale Energiewende ohne geopolitische Konflikte

Dringend notwendig wäre für den Klimaschutz und die daran gekoppelte Energiewende ein Mehrfaches an Ressourcenaufwand zum dezentralen, re-

gionalen Ausbau erneuerbarer Energien mit Wind- und Solaranlagen in Deutschland. Mit der daran gekoppelten mittelständisch geprägten Industrie und Handwerksbetrieben, die zusammen eine weitestgehend regionale Liefer- und Wertschöpfungskette ergeben, war Deutschland bis vor einigen Jahren auch auf einem guten Weg. Gewissermaßen auch ein guter Ansatz für die in der letzten Zeit häufig bemühte sozial-ökologische Konversion der Wirtschaft. Die „Wende“ weg von dieser erfolgreichen Energiewende hat die Energieexpertin Claudia Kemfert bereits 2017 in ihrem Buch mit dem Titel „Das fossile Imperium schlägt zurück“ umschrieben. Darin heißt es:

*„Alles schien auf einem guten Weg: Die Energiewende schafft Wohlstand, macht unabhängig von geopolitischen Konflikten, schützt das Klima und stärkt die Demokratie. Doch die ‚alten‘ Energien und die Klimaskeptiker gehen nicht kampfflos vom Platz. Sie nutzen keine Armee, sondern Propaganda und ‚Fake News‘.“*

Dieses Rolle rückwärts bei der Energiewende wurde in den letzten Jahren von dem CDU-geführten Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier vollzogen, womit auch ein dramatischer Verlust von Arbeitsplätzen verbunden war. Eine tatsächliche Klimaschutzpolitik müsste diese verheerende Entwicklung umkehren.

## „Energiepartnerschaften“ mit Nordafrika

Stattdessen wird auf eine utopisch gewordene Außenhandelsfixierung gesetzt. Dabei soll anstelle von fossilen Brennstoffen Wasserstoff, erzeugt mit elektrischem Strom, aus riesigen Windparks in Nordafrika über neue Pipeline-Netze nach Deutschland gebracht werden, damit dieser für die chemische Industrie und Stahlindustrie „klimaneutral“ eingesetzt werden kann. Ähnlich gelagerte Konzepte gab es bereits früher mit der 2009 gegründeten „Desertec-Initiative“, bei der noch Strom von solarthermischen Kraftwerken mit riesigen Stromleitungen nach Deutschland geführt werden

sollten. Der bereits damals als neokolonial kritisierte Ansatz wird in der heutigen Variante der von deutschen Großkonzernen über das Wirtschaftsministerium lancierten Wasserstoff-Strategie im Wahlprogramm der Grünen als Energie- und Klimapartnerschaft mit Nordafrika übernommen.

Bemerkenswert ist an dieser Strategie auch, mit welchen Ländern aufgrund „stabiler“ politischer Verhältnisse eine solche Partnerschaft (wie bereits 2009) eingegangen werden soll (und mit welchen nicht). Genannt wird vor allem Marokko, das seit Jahrzehnten die Westsahara als kolonial besetztes Territorium für sich beansprucht. „Stabil“ ist Marokko auch deshalb, weil die dortige Königsdynastie sich in der jüngsten Zeit verstärkt als NATO-Partner in Nordafrika ins Spiel bringt.

### Klimapakt mit der Industrie?

Noch eindeutiger als im Wahlprogramm hat die Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock diese als Klimaschutzpolitik bemäntelte Technologieförderung als „Pakt zwischen Industrie und Politik“ formuliert. Hierbei geht es um vermeintlich „nationale Schlüsseltechnologien“ und unsinnige industrielle Großprojekte. Dieses führen auch zu geopolitischen Konflikten. Im Bewusstsein dessen wird deshalb auch von der Großindustrie eine weitere Militarisierung der Außenpolitik gefordert. Nur am Rande sei hier erwähnt, dass bei Rüstungsprojekten wie FCAS oder der Eurodrohne gleichfalls „nationale Schlüsseltechnologien“ und die Exportfähigkeit der damit erstellten Produkte eine maßgebende Rolle spielen.

### Energiesicherheit und Nordstream 2

Zu dem äußerst aggressiven Agieren der Grünen gegenüber Russland gehört auch die scharfe Opposition gegen die Pipeline Nordstream 2. Im Kontext der Navalny-Debatte starteten die Grünen einen Unterschriftenappell, in dem es heißt: „Das Projekt finanziert ein korruptes Regime und ist eine Wette gegen die europäischen Klimaziele – es hätte nie realisiert werden dürfen.“

Richtig ist durchaus, dass Nordstream 2 ebenso wie andere, geplante

Pipeline-Projekte für fossile Brennstoffe, dem Klimaschutz zuwider läuft. Schließlich besteht ein Hauptanfordernis darin, in den nächsten 10 bis 20 Jahren den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch zu senken.

Die Planungen für Nordstream 2 gehen aber bereits zurück auf das Jahr 2013 und bedeuten deshalb eine damals falsche Weichenstellung, wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bei ihrer gerichtlichen Klage im letzten Jahr durchaus richtig feststellte. Allerdings müssen solche jüngste Aktivitäten von Umweltverbänden als unglaublich bezeichnet werden, da diese im Fahrwasser der Grünen natürlich opportunistisch sind. Für die Grünen selbst ist der Umweltaspekt argumentativ aber nur schmückendes Beiwerk. Unabhängig von einer umweltpolitisch kritischen Sichtweise muss aber festgehalten werden, dass im Gegensatz zu den seitens der Grünen neokolonial proklamierten „Energiepartnerschaften“ mit Nordafrika bei Nordstream 2 eine tatsächliche Energiepartnerschaft zugrunde liegt. Schließlich beruhen Erdgaslieferungen aus Russland auf dem Anfang 1970 unterzeichneten Röhren-Erdgas-Geschäft Deutschlands mit der Sowjetunion. Dieses geht sogar noch auf die 50er Jahre zurück, scheiterte aber lange an dem heftigen Widerstand der USA, deren strategisches Ziel schon immer darin bestand, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland (bzw. der Sowjetunion) zu verhindern.

### Grüner Anstrich für die Bundeswehr?

Mit Datum vom 30. Juni 2020 wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag ein Antrag vorgelegt, der folgende Überschrift trägt: „Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen“.<sup>1</sup> Aus dem umfangreich begründeten Antragstext nachfolgend einige Beispiele aus dem 12-Punkte-Katalog:

4. bei der Beschaffung von handelsüblichen Fahrzeugen mit militärischer Sonderausstattung (hüms-Fahrzeuge) sowie der gesamten querschnittlichen

Fahrzeugflotte der Bundeswehr konsequent auf Antriebstechnologien zu setzen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß minimieren;

6. bei der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten vermehrt die Möglichkeiten einer simulatorgestützten Ausbildung zu nutzen;

8. Munitions-, Raketentests nicht in oder in der Nähe sensibler und klimarelevanter Ökosysteme durchzuführen;

12. interne Verwaltungsprozesse so zu digitalisieren, dass unnötiger Papierverbrauch und Transport (Postzustellung o. Ä.) vermieden wird.

In der vorangestellten Begründung wird darauf verwiesen, dass die USA einen deutlich besseren Datenbestand über den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ihrer Streitkräfte vorliegen hätten. Dazu wird in einer Fußnote auf die Watson-Studie des „Costs of War“-Projekts<sup>2</sup> aus dem Jahr 2019 verwiesen. Anscheinend hat man aber bei den Grünen diese genannte Studie überhaupt nicht richtig gelesen, deren zentrales Anliegen es war, die äußerst lückenhafte CO<sub>2</sub>-Buchhaltung des Pentagons aufzudecken. Aber es geht ja schließlich darum, weder die Existenzberechtigung und den Umfang der Bundeswehr, noch die weltweite massive (CO<sub>2</sub>-schädliche) Präsenz des US-Militärs infrage zu stellen.

### Fazit: Worthülsen statt Klimaschutz

Wer sich selbst ein Urteil über die klimapolitischen Ziele der Grünen bilden möchte, der vergleiche am besten deren Wahlprogramm mit dem der FDP und suche nach relevanten Unterschieden.

Vor allem die Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock erweist sich als transatlantische Musterschülerin. Sie steht auch umweltpolitisch für Worthülsen, hinter denen nur eine Fortsetzung von unsinniger Technologieförderung für Großkonzerne steht, mit der wegen des geopolitischen Konfliktpotenzials auch eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik einhergeht. Auf einen signifikanten deutschen Beitrag zum globalen Klimaschutz wird man auch in den nächsten vier Jahren vergeblich warten müssen.

## Libyische Flüchtlingslager und die EU-Behörde Frontex

Redaktion German Foreign Policy



### Hunger, Enge, Gewalt

Die Hilfsorganisation Médecins sans frontières (MSF, Ärzte ohne Grenzen) schlägt - einmal mehr - wegen der katastrophalen Verhältnisse in libyschen Internierungslagern für Flüchtlinge Alarm. Wie die Organisation berichtet, sind die Lebensbedingungen in den Lagern ohnehin desolat. So erhalten die internierten Flüchtlinge nur eine oder zwei Mahlzeiten pro Tag - "gewöhnlich ein kleines Stück Brot mit Käse oder einen Teller Nudeln, den sich viele teilen müssen".<sup>1</sup> Mitarbeiter von MSF haben beobachtet, dass manche Lagerinsassen ihren Hunger zuweilen mit Medikamenten zu stillen suchen. Zudem sind die Internierungslager unzulänglich belüftet und haben oft kaum natürliches Licht; verlässlicher Zugang zu sauberem Wasser und zu sanitären Einrichtungen fehlt. Weil die libysche Küstenwache immer mehr Flüchtlinge auf dem Meer aufgreift, sind die Lager mittlerweile dramatisch überfüllt.

In manchen von ihnen teilen sich bis zu vier Migranten einen Quadratmeter; das hat zur Folge, dass sie nur in Schichten schlafen können. Die katastrophalen Verhältnisse sowie körperliche Übergriffe des Lagerpersonals führen dazu, die ohnehin stets vorhandenen Spannungen in den Einrichtungen anschwellen zu lassen. Sie entladen sich seit Anfang 2021 zunehmend in Gewalt.

### Prellungen, Schnittwunden, Knochenbrüche

So berichtet MSF, am 17. Juni hätten Mitarbeiter der Organisation das Lager Mabani in Tripolis besucht - und mit ansehen müssen, wie Flüchtlinge

willkürlich verprügelt wurden, wenn sie ihre Zellen zur ärztlichen Visite verlassen wollten. Letztlich konnte MSF 19 Migranten behandeln, die Prellungen, Schnittwunden und Knochenbrüche erlitten hatten. Wie MSF erfuhr, hatte es in der Nacht zuvor heftige Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Wächtern gegeben, die die Internierten zuvor verbal und körperlich misshandelt hatten. Im Lager Mabani seien mindestens 2.000 Menschen eingesperrt, berichtet MSF.<sup>2</sup> Besuche in einem weiteren Lager in Tripolis, Abu Salim, seien ab dem 13. Juni für eine Woche nicht zugelassen worden. MSF fand heraus, dass Wächter dort am 13. Juni mit automatischen Schusswaffen auf Lagerinsassen gefeuert hatten. Die Zahl der Verletzten war beträchtlich. Umso schwerer wog es, dass Ärzte der Hilfsorganisation sieben Tage lang keine Chance erhielten, die Opfer ärztlich zu versorgen. An diesem Dienstag hat MSF angekündigt, wegen der eskalierenden Gewalt und aus Sorge um die Sicherheit der Ärzte Besuche in Mabani und Abu Salim ab sofort bis auf weiteres einstellen zu müssen. Damit bleiben kranke und verletzte Flüchtlinge in den Lagern vorerst unversorgt.

### Sexualisierte Gewalt

Gleichzeitig werden neue Berichte über sexuellen Missbrauch in libyschen Internierungslagern bekannt. Demnach werden seit Monaten mehrere junge Frauen aus Somalia im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in dem Lager Shara al Zawiya in Tripolis vom Lagerpersonal vergewaltigt. Das Lager ist - wie Mabani oder Abu Salim - eines derjenigen, die das libysche Department for Combating Illegal Immigration (DCIM) betreibt. Dieses wiederum ist unmittelbar dem libyschen Innenministerium unterstellt, mit dem die EU offiziell kooperiert. Menschenrechtsorganisationen versuchen seit Wochen, die Entlassung der jungen Frauen aus dem Lager zu erreichen, haben aber bislang keinen Erfolg.<sup>3</sup>

Dabei wird seit Jahren von systematischem sexuellem Missbrauch an Flüchtlingen berichtet. "Sexualisierte Gewalt" werde "straflos von Men-

schenhändlern entlang den Migrationsrouten verübt", aber auch in Polizeifängnissen und in Internierungslagern, hieß es beispielsweise in einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2019.<sup>4</sup> Menschenrechtler weisen darauf hin, dass in den Lagern zwar meistens Frauen, zuweilen aber auch Männer und Jungen sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind.<sup>5</sup>

### Mit Hilfe von Frontex

Auf die Berichte über die Vergewaltigung junger Frauen in Shara al Zawiya hat eine Sprecherin der EU-Kommission mit der Forderung reagiert, die Internierungslager müssten "schließen".<sup>6</sup> Die Forderung steht allerdings in bemerkenswertem Kontrast zu der Tatsache, dass die EU maßgebliche Verantwortung für die stetige, zuletzt sogar rasch zunehmende Internierung von Flüchtlingen in den Lagern trägt. Dies zeigen Recherchen über aktuelle Praktiken der EU-Flüchtlingsabwehrbehörde Frontex. Frontex überwacht das Mittelmeer zwischen Libyen und Italien respektive Malta nicht mit Schiffen, sondern mit Flugzeugen, die Flüchtlingsboote aufspüren, die Flüchtlinge aber natürlich nicht aufnehmen können.

Frontex informiert dann sämtliche Seenotleitstellen - die italienische, die maltesische, aber auch die libysche -, woraufhin den Recherchen zufolge die italienischen wie auch die maltesischen Stellen immer wieder untätig bleiben und schließlich die libysche Küstenwache die Flüchtlinge aufgreift. Dies geschieht auch in Gewässern, für die eindeutig die europäische Seite zuständig ist.<sup>7</sup> Von der libyschen Küstenwache zurück nach Libyen an Land gebracht, enden die Flüchtlinge regelmäßig in Internierungslagern, darunter Lager wie Mabani oder Abu Salim.

### "Exzellente Ergebnisse"

Dabei ist die libysche Küstenwache immer wieder von der EU unterstützt worden, jüngst etwa im Rahmen eines Pilotprojekts, das die Such- und Rettungsfähigkeiten der Küstenwache systematisch verbessern sollte. In diesem Zusammenhang sind Berichten

zufolge mehr als 100 Mitglieder der libyschen General Administration for Coastal Security (GACS) trainiert worden; zudem trägt mittlerweile die Türkei zur Ausbildung sowie zur Ausrüstung der Küstenwache bei.<sup>8</sup>

Ein interner Bericht des Europäischen Auswärtigen Diensts stuft die Maßnahmen als äußerst erfolgreich ein: "Die Effektivität der libyschen Küstenwache", heißt es mit Blick auf die Entwicklung im zweiten Halbjahr 2020, "konnte gesteigert werden und exzellente Ergebnisse erzielen".<sup>9</sup>

In der Tat ist die Zahl der Flüchtlinge, die libysche Küstenwächter von ihren Booten holten sowie zurück nach Libyen brachten, von 9.000 im Jahr 2019 auf fast 12.000 im Jahr 2020 gestiegen; allein zwischen dem 1. Januar und dem 19. Juni dieses Jahres belief sich ihre Anzahl laut Médecins sans frontières bereits auf mehr als 14.000.<sup>10</sup> Die Mitwirkung von Frontex stuft die Völkerrechtlerin Nora Markand von der Universität Münster als "mit dem Völkerrecht unvereinbar" ein: Es handele sich "im Grunde" um "Beihilfe zu schwersten Menschenrechtsverletzungen".<sup>11</sup>

### Die zweite Berliner Libyen-Konferenz

Auf der kürzlichen zweiten Berliner Libyen-Konferenz spielte die Lage der

Flüchtlinge keine Rolle. Die Konferenz beschloss, sämtliche ausländischen Truppen und Söldner müssten umgehend aus Libyen abziehen; zudem müssten die für den 24. Dezember angekündigten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen pünktlich abgehalten werden.

Außenminister Heiko Maas feierte die Konferenz als einen Erfolg. Freilich fehlen Berlin - wie schon nach der ersten Libyen-Konferenz vom Januar 2020, die faktisch scheiterte - die Machtmittel, um die Forderungen durchzusetzen. Wie Berliner Experten bestätigen, fungieren bei den verfeindeten Parteien in Libyen als "Sicherheitsgaranten" in Wirklichkeit nicht Deutschland und die EU, sondern die Türkei und Russland. Daran hat das jüngste Berliner Treffen nichts geändert.



Lager Moria auf der Insel Lesbos,  
Quelle: Wikipedia, erstellt am 30.8.2020

Das Flüchtlingslager Moria auf der an der türkischen Küste gelegenen griechischen Insel wurde am 25. September 2013 als Screening-Center und Abschiebehaftgefängnis eröffnet, das Platz für 98 Menschen bot. Die maximale Verweildauer in dem Lager war auf 30 Tage ausgelegt. Direkt daneben wurde auf dem früheren Areal des griechischen Militärs 2014 ein größeres Erstaufnahmezentrum errichtet.

Infolge der Flüchtlingskrise 2015 war das für 410 Personen konzipierte Lager bald überbelegt. Als Reaktion wurden die Kapazitäten des Lagers auf 2800 Plätze ausgebaut. Im Oktober 2019 zählte das Lager 13.000 Menschen.

Der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller sah Anfang April 2020 die Missstände des Lagers im Vergleich mit anderen Lagern in der Welt als unübertroffen an.

Als am 8. September 2020 bekanntgegeben wurde, dass bei 35 Bewohnern des Lagers Covid-19 festgestellt worden war, kam es wegen der Quarantäne und Angst vor Ansteckungsgefahr zu Unruhen zwischen den Migranten und Flüchtlingen. Am späten Abend explodierte die Situation und ein Brand im Lager brach aus. Die Flammen wurden von bis zu 70 km/h schnellen Winden angefacht. Das Lager brannte dabei fast völlig aus.

Quelle: Wikipedia (Auszüge)

### Aus Brüssel und Athen: Angriffe auf die Flüchtlingskonvention

Europa hält am Flüchtlingsdeal mit Erdoğan fest: mehr Geld für Flüchtlinge, aber auch für die Grenzaufrüstung. Griechenland hat kürzlich die Türkei für den Großteil aller Schutzsuchenden zum »sicheren Drittstaat« erklärt- aus Flüchtlingen werden Rechtlose. Die Flüchtlingskonvention wird mit Brüsseler Unterstützung weitgehend außer Kraft gesetzt.

Es klingt nach einer Randnotiz, hat aber weitreichende Folgen für den Flüchtlingsschutz in Griechenland und der gesamten EU: Mit gemeinsamem Beschluss vom 7. Juni 2021 haben der stellvertretende griechische Außenminister und der griechische Minister für Migration und Asyl die Türkei für alle Asylsuchenden aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia zum sogenannten »sicheren Drittstaat« erklärt. Menschen aus diesen fünf Herkunftsländern, die in Griechenland ankommen, wird in der Konsequenz der Zugang zu einem Asylverfahren in der EU versperrt. Ihnen droht in Griechenland ab sofort die Ablehnung ihrer Asylanträge als unzulässig und die Abschiebung in die Türkei. [...]

Es wäre jedoch falsch, mit dem Finger nur auf Griechenland zu zeigen. Letztlich geht Griechenland nur einen weiteren Schritt, um Vereinbarungen umzusetzen, die auf EU-Ebene beschlossen wurden. In dem am 18. März 2016 unterzeichneten EU-Türkei-Deal heißt es wörtlich: »Alle neuen irregulären Migranten, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, werden in die Türkei rückgeführt«.

Auf den Inseln ankommende syrische Flüchtlinge werden seitdem nicht mehr zu ihren Fluchtgründen befragt, sie werden auf die Türkei als »sicheren Drittstaat« verwiesen, ihre Asylanträge werden als unzulässig abgelehnt. Ausnahmen gab es bisher nur für Flüchtlinge, die ihre besondere Schutzbedürftigkeit nachweisen konnten.

Unser Team von Refugee Support Aegean (RSA) hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass bei diesen Zulässigkeitsverfahren von individueller Prüfung und rechtsstaatlichen Verfahren keine Rede sein kann. Unzulässigkeitsentscheidungen werden von der griechischen Asylbehörde mit quasi identischem Inhalt für syrische Staatsangehörige ohne Prüfung der besonderen Umstände des Einzelfalls erlassen. [...]

Quelle: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) (25.6.2021)

## Gerechter Friede für Israelis und Palästinenser?

von Martin Breidert \*)

Wir wurden im Mai Zeugen des vierten Gaza-Krieges, der seit 15 Jahren von der Außenwelt abgeriegelt wird.

Die Reflexe in den Medien und bei den Politikern in den westlichen Ländern waren die üblichen: Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung. Die Frage wurde nicht gestellt, ob Israel das Recht hat, seit 15 Jahren eine völkerrechtswidrige Blockade gegen den Gazastreifen aufrechtzuerhalten. 2010 hatten alle Bundestagsfraktionen einstimmig (!) eine sofortige Beendigung der Belagerung des Gazastreifens gefordert<sup>1</sup>. Geschehen ist von deutscher Seite nichts. Die UNO hat vor Jahren vorausgesagt, dass der Gazastreifen vom Jahr 2020 an eigentlich nicht mehr bewohnbar ist, weil 95 % des Trinkwassers verseucht sind<sup>2</sup>.

Außenminister Heiko Maas betont unisono mit allen im Bundestag vertretenen Parteien und lautstark unterstützt von den Medien, niemand dürfe das Existenzrecht Israels infrage stellen. Niemand kann das Existenzrecht Israels infrage stellen, denn der Staat Israel ist ein UN-Mitgliedsstaat. Wie aber steht es um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und das Existenzrecht Palästinas? 138 Staaten haben in der UN-Generalversammlung vom 29.11.2012 den Staat Palästina anerkannt und ihm einen Beobachterstatus gegeben, nur neun Staaten stimmten dagegen, darunter die USA und Israel<sup>3</sup>.

### Deutsches Stillschweigen zu Menschenrechtsverletzungen

Deutschland fordert gemeinsam mit dem Westen eine Zwei-Staaten-Regelung (von einer Lösung wage ich nicht zu sprechen). Die Bundesregierung hat den Staat Israel anerkannt, verweigert aber die Anerkennung eines Staates Palästina. Nicht nur das, als der Internationale Strafgerichtshof Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen gegen Israel und gegen Palästina aufnehmen wollte, versuchte die Bundesregierung vergeblich, dies zu verhindern mit der Behauptung, Palästina fehle die Staatlichkeit<sup>4</sup>.

Was war dem bisher letzten Gazakrieg vorausgegangen? Seit Jahren vertreiben israelische Siedler in Ostjerusalem palästinensische Familien aus ihren Häusern, besonders in den Stadtteilen Silwan und Sheik Jarrah, sie gehen dabei mit allen Tricks und Schikanen gegen die Bewohner vor. Das katholische Menschenrechtszentrum St. Yves in der Altstadt von Jerusalem dokumentiert dieses menschenrechtswidrige Vorgehen<sup>5</sup>. Der UN-Sicherheitsrat hat in einer einstimmigen Resolution (Res. 2334) am 23. 12. 2016 festgestellt, dass der Bau der kolonialistischen Siedlungen gegen die Vierte Genfer Konvention (Art. 49) verstößt<sup>6</sup>. Er bezieht diese Feststellung nicht nur auf die Westbank, sondern ausdrücklich auch auf Ostjerusalem. Der Leiter der EU-Vertretung für Palästina, der deutsche Diplomat Sven Kühn von Burgsdorff, hat vor laufenden Kameras erklärt, dass die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Häusern in Sheik Jarrah völkerrechtswidrig ist<sup>7</sup>. Der deutsche Außenminister hat dazu den Mut nicht.

Ein anderer Streitpunkt, der zum Gazakrieg führte, waren israelische Provokationen auf dem Gelände der al-Aksa-Moschee. Wir erinnern uns, im Herbst 2000 besuchte Ariel Sharon mit vielen israelischen Polizisten bewusst den Tempelberg, diese Provokation führte zur Zweiten Intifada. Dabei ist im Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien in Art. 9, Abs. 2 geregelt, dass für die islamischen Stätten in Jerusalem das Haschemitische Königreich, also Jordanien zuständig ist<sup>8</sup>. Salopp gesprochen: Die israelische Polizei hat auf dem Tempelberg nichts zu suchen.

Seit 54 Jahren werden Palästinensern im Gazastreifen und in der Westbank grundlegende bürgerliche und politische Rechte vorenthalten. Im Gegensatz zu den Siedlern fallen sie unter Militärrecht, sind also de facto rechtlos. Durch den andauernden sog. Siedlungsbau werden die Palästinenser



Kriegszerstörungen 2014 in Gaza, Quelle: Wikipedia, Beit Hanun

immer weiter in Enklaven zusammengepfercht, ihre Bewegungsfreiheit wird durch Hunderte von Checkpoints beschnitten, für die Palästinenser eine Genehmigung beantragen müssen. Das Militär und die Militärpolizei beherrschen das Westjordanland. Die Veteranenorganisation Breaking the Silence hat nachgewiesen, dass es die Siedler sind, denen das Militär unterstellt ist<sup>9</sup>. Die EU-Länder, einschließlich Deutschland, und die USA schauen zu, wie die sogenannten westlichen Werte mit Füßen getreten werden. Deutschland verkauft Waffen an Israel, obwohl eigentlich nach dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz Rüstungsgüter nicht in Spannungsgebiete geliefert werden sollen. Die Bundesregierung unterstützt andererseits die Palästinenser durch humanitäre Hilfe, also mit Almosen. Deutschland entlastet damit den Staat Israel, der eigentlich als Besatzungsmacht nach humanitärem Völkerrecht für das Wohl der Menschen in den besetzten Gebieten verantwortlich ist.

### Apartheid- Vorwurf von verschiedenen Seiten

Die Palästinenser mit israelischem Pass haben zwar Wahlrecht, sind aber BürgerInnen zweiter Klasse, wie das Nationalstaatsgesetz von 2018 festgeschrieben hat. Israel versteht sich nicht als Staat für Juden, sondern als jüdischer Staat. Obwohl 20 % der BürgerInnen Israels arabische Palästinenser sind, ist seit 2018 Arabisch nicht mehr Amtssprache. Die meisten von ihnen

leben in Ghettos, teilweise auch durch Mauern getrennt. So war es kein Zufall, dass es im Mai 2021 zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen und Pogromen kam, und das 73 Jahre nach Gründung des Staates Israel.

Was ist die Perspektive? Israel hat mit dem massiv expandierenden Bau von Kolonien bewusst eine Zwei-Staaten-Regelung durch facts on the ground unmöglich gemacht. Der euphemistische Begriff Siedlungen verdeckt, dass inzwischen ganze Städte entstanden sind, Ariel mit einer Universität, Ma'ale Adumim mit eigenem Industriezentrum. Seit Jahrzehnten hat die bisher regierende Likud-Partei in ihrem Parteiprogramm stehen, dass es niemals zu einem palästinensischen Staat kommen darf.

So wächst auf beiden Seiten der Mauer die Erkenntnis, dass nur noch ein einziger Staat vom Mittelmeer bis zum Jordan möglich ist. De facto gibt es diesen bereits: mit einem Wirtschaftsraum und einer Währung sowie mit einem Militär und einer Gerichtsbarkeit. Aber es gelten ganz unterschiedliche Rechtssysteme - nach dem Motto: Teile und herrsche!

Sowohl die jüdisch-israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem<sup>10</sup> als auch die internationale NGO Human Rights Watch kommen in Studien zu dem Ergebnis, dass Israel Apartheid praktiziert, und zwar nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch im

Staat Israel selbst<sup>11</sup>. Doch die Wünsche vieler jüdischer Israelis gehen noch weiter: Bei einer Umfrage des anerkannten US-amerikanischen Meinungsinstituts Pew Research Center im März 2016 gaben 48 % jüdische Israelis an, man solle für alle Araber zwischen Mittelmeer und Jordan einen „Transfer“ organisieren und sie irgendwohin östlich des Jordans verbringen. Früher nannte man so etwas Deportation. Israel hat sich in ein ethnisch-nationalistisches Gebilde verstrickt.

### Nur utopische Lösungsszenarien des Konfliktes?

Wie sich dieser eine Staat Israel/Palästina künftig konstituieren wird, ob als binationaler Staat, als Konföderation oder mit Kantonen, ist völlig offen. Der jüdisch-israelische Philosoph Omri Boehm hat in seinem lesenswerten Buch „Israel – Eine Utopie“ dargelegt, dass Israel nicht zugleich jüdisch UND demokratisch sein kann.

Israel/Palästina kann nur befriedet werden, wenn auch die bürgerlichen und politischen Rechte der Palästinenser respektiert werden. Ein wirklicher Friede ist nur möglich auf der Basis eines halbwegs gerechten Systems der Partizipation. Der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu begann seine Arbeit mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission erst, nachdem die staatlichen Apartheidgesetze abgeschafft waren. Bei vielen Friedensbe-

wegten und gerade auch im Raum der Kirchen wird gern von doppelter Solidarität für Israelis und Palästinensern gesprochen.

Desmond Tutu sagte zu Recht: „Wer sich in einer Situation der Unterdrückung neutral verhält, hat sich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.“

Gerade in Deutschland fragen viele nach Friedens- und Versöhnungsprojekten. Solange die schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern fortbesteht, kann es zu keinem Frieden in Israel/Palästina kommen. Halbwegs gerechte Verhältnisse für jeden sind die Voraussetzung für Frieden in einem Gemeinwesen.

*\*) Zur Person: Dr. Martin Breidert ist pensionierter Theologe. Er war evangelischer Pfarrer in verschiedenen Gemeinden in Mittelhessen und im Taunus, in Ghana und in Wuppertal. Er war Dozent für Sozialethik an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal mit dem Schwerpunkt Menschenrechte. Als Student arbeitete er in einem Kibbutz in der Nähe des Gazastreifens. Im Ruhestand unternahm er zwei Studienreisen in das von Israel besetzte Westjordanland. Ein Besuch des Gazastreifens blieb ihm verwehrt. Er ist Sprecher der Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft NRW-Süd und gehört dem Vorstand von Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V. (BIP) an.*

## Das Elend der deutschen Nahost-Politik

von Norman Paech (Telepolis, 27.6.2021)

Bei seinem Besuch im Juni dieses Jahres in Israel zeigte sich der Jurist Maas zwar "besorgt" über die völkerrechtswidrigen Annexionspläne Netanjahus, hatte aber nicht den Mut, auf die Möglichkeit von Sanktionen hinzuweisen, wie sie die EU auf Initiative der deutschen Regierung gegen Rechtsstaatsverstöße ihrer Mitglieder beschlossen hat. [...]

Maas akzeptierte sogar Netanjahus Verfügung, nicht nach Ramallah zu Mahmut Abbas zu reisen, besichtigte dafür jedoch die besetzten Gebiete aus der Luft - ein grober völkerrechtlicher Verstoß, der nur mühsam vertuscht wurde. Zugleich will er die deutsche Abstimmungspraxis in der UNO, die oft die zahlreichen Verurteilungen israelischer Politik mitgetragen hat, einer Revision unterziehen. [...]

Auch die aktuelle deutsche Diplomatie beschränkt sich auf die Hofierung der israelischen Regierung.

Ihrem Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung fehlt jegliche

Vorstellung, die der palästinensischen Seite die Hoffnung eröffnen könnte, dass ihre Interessen gleichberechtigt vertreten würden. Im Gegenteil, die deutsche Haltung in diesem Konflikt spiegelt die Unfähigkeit der offiziellen Politik wieder, in der Fixierung der historischen Schuld auf die Vergangenheit die Größe der Verantwortung in der Zukunft zu erkennen.

Wer die Verantwortung auf die Jüdinnen und Juden und ihren Staat begrenzt, vergisst, dass das Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser durch die gleichen Verbrechen in der Vergangenheit bestimmt worden ist. Die deutsche Politik kann sich nicht ihrer Verantwortung für das jüdische Volk durch den Verzicht des palästinensischen Volkes auf ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben entledigen. Deutschland wird sich so lange nicht von der Hypothek seiner Verbrechen befreien können, wie nicht eine von allen akzeptierte Lösung des Konflikts gefunden wird und Frieden zwischen Juden und Palästinensern herrscht. [...]

## „Nach Corona“: Hin zum heißen Krieg oder globalem New Deal?

Wolfram Elsner: *Die Zeitenwende, China, USA und Europa „nach Corona“.*

Papy Rosa-Verlag, ISBN 978-3-89438-750-1, € 22,-, 304 Seiten, 1. Auflage 2021



Die Debatte um die Entwicklung Chinas und dessen weltweite Rolle wird immer mehr zum Gegenstand propagandistischer Zuspitzungen mit Narrativen wie „westliche Wertvorstellungen“ contra „Diktatur und Menschenrechtsverletzungen“. Unterbelichtet bleiben dabei vor allem die auf nationaler Ebene vorhandenen sozialen und kulturellen Traditionen mit ihren Wirkungen in die Gegenwart und daraus ableitbaren, weiteren Entwicklungen, d.h. diejenigen Kriterien, die als die eigentlichen zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit anzusehen sind. Wolfram Elsner hat bereits in seinem Buch „Das chinesische Jahrhundert“, das im April letzten Jahres erschien, auf solche Aspekte hingewiesen.

Seine damalige Prognose lautete, dass China auf allen Ebenen gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen werde, was sich aktuell bestätigt. Natürlich steht bei ihm als emer. Professor für Volkswirtschaftslehre die Ökonomie am Anfang. Im Abschnitt „Von der De-Globalisierung zu einer neuartigen Re-Globalisierung“ wird von ihm aufgezeigt, dass mit dem chinesischen

Projekt der Neuen Seidenstraße keine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung erfolgt, sondern sich damit andere Formen internationaler Kooperation herausbilden. Schließlich war eine der ersten Wirkungen der Corona-Krise die Unterbrechung internationaler Wertschöpfungsketten, in die China (noch) eingebunden ist.

Mit Re-Globalisierung definiert Wolfram Elsner eine neue Regionalisierung, die China mit der „Strategie der zwei Kreisläufe“ verfolgt. Dabei handelt es sich um ein zentrales Element des im letzten Jahr verabschiedeten 5-Jahres-Planes, das wohl auch ohne Corona-Krise forciert worden wäre. Diese hat nichts gemeinsam mit destruktiven, westlichen Szenarien einer „Entkopplung“ von China als Element von Handelskrieg und Sanktionen.

Dass China die Corona-Krise mit der Stellschraube Quarantäne hervorragend gemeistert hat, wird hierzulande moralisch-verurteilend als Merkmal eines autoritär-diktatorischen Systems bewertet. Wolfram Elsner zitiert hingegen, dass die WHO-Inspektionsteams „von einer ungekannten Dimension gesellschaftlicher Solidarität“ gesprochen haben. In den westlichen Ländern folgte man dafür dem Prinzip: „Wirtschaft first!“ und Idealisierung staatlicher Unfähigkeit“. In dieser Phase gab es auch internationale Hilfestellung für China. Im Anschluss daran konnte China im Gegenzug vielen Ländern Hilfestellung anbieten, die aber von Deutschland zunächst hochnäsig abgewiesen wurde.

Als perverse Zuspitzung dieser Haltung werden von Wolfram Elsner Beispiele aus den USA für die Umdrehung dieser Hilfeangebote zum „Bedrohungs“-Narrativ zitiert (Kapitel-Überschrift: „Hilfe, die Chinesen helfen!“). Auch wird von ihm die aktuell praktizierte Solidarität Chinas mit anderen Ländern historisch gesehen:

„China hat in seiner Geschichte, auch den den Höchstzeiten seiner internationalen Macht im frühen 15. Jahrhundert, der Zeit seiner riesigen ‚Drachenflotten‘

und seiner internationalen Expeditionen, nie ein kolonialistisches System à la Europa aufgebaut, fast nie ein anderes Land existenziell bedroht, nie rassistisch motivierte Kriege und Kreuzzüge durchgeführt. ... China kannte und kennt weder Kolonialismus noch Imperialismus, außer als Opfer, dem es sich nie wieder zu unterwerfen entschlossen ist“.

Die bereits vorher vorhandene Propaganda gegen China hat sich aufgrund der Corona-Krise und deren tatsächlichen Bewältigung durch China drastisch verschärft. Das Kapitel zum Medienkrieg gegen China lautet deshalb auch „... weil nicht sein kann, was nicht sein darf“. Der Autor widerlegt zwar einige wesentliche Falschbehauptungen zum chinesischen Umgang mit der Corona-Krise in sachlicher Form, kann jedoch manche Propaganda-Stilblüten nur noch sarkastisch kommentieren. Deutliche Worte findet er zu dem westlichen Demokratieverständnis:

„Auch in Sachen ‚Demokratie der Zukunft‘ könnte es einem werte-absolutistisch-arroganten Westen, der glaubt, sein Modell parlamentarischer Parteien-/Vertretungs-Demokratie sei das letzte Wort der Menschheitsgeschichte, passieren, von Südostasien und insbesondere China in Sachen tatsächlicher demokratischer Partizipation der Menschen, überholt ohne eingeholt zu werden“.

Das letzte Kapitel des Buches behandelt die in letzter Zeit viel diskutierte Frage, ob der Konflikt zwischen den USA und China zum heißen Krieg führt, wie es derzeit bereits von einigen US-Militärs herbei geredet wird. Die Antwort des Autors fällt sehr ambivalent aus: Eine (rationale) Analyse ergibt, dass sich bereits jetzt ein „Gleichgewichts des Schreckens 2.0“ eingestellt hat. Allerdings gilt diese Aussage „auch nur, falls man in Washington noch von einer Rest-Rationalität und einem Rest-Minimum an Überlebenswillen und -instinkt ausgehen kann. Leider ist genau dies weniger garantiert denn je.“

Karl-Heinz Peil



## Bundesausschuss Friedensratschlag zur Bundestagswahl



### Weltkriegsgefahren entgegnetreten – Abrüstung und Wandel zum Frieden einleiten!

Die Bundestagswahl am 26. September 2021 könnte zu einer Schicksalswahl werden:

Wie wird der neue Bundestag die Weichen für die Außenpolitik stellen? Geht es in Richtung Friedenspolitik, friedliche Koexistenz und Entspannung, oder sollen weiterhin Abermilliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, um Russland und neuerdings auch China mit Krieg drohen zu können?

Uns treibt die große Sorge um, dass der Kurs der Konfrontation, der Kriegsvorbereitung und Kriegsandrohung, der Sanktionen und des Strebens nach Umsturz unliebsamer Regierungen massiv fortgesetzt werden soll.

Angesichts der globalen Herausforderungen für die Menschheit ist eine friedliche und nachhaltige Entwicklung nur durch umfassende internationale Zusammenarbeit möglich. Die globale Aufrüstung muss beendet werden und die Ressourcen stattdessen für eine sozial gerechte, ökologisch und wirtschaftlich vernünftige Gestaltung der Gesellschaft genutzt werden!

Wir wollen nicht, dass auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Luftwaffe mit

Atombombern und Kampffjets erneuert wird, die US-Atombomben präzise gegen unterirdisch verbunkerte Ziele in Russland lenken können. Das erhöht nicht nur die Spannungen in Europa gewaltig, sondern auch die Gefahr eines Atomkriegs. Die 30 bis 35 Mrd. Euro, die die atomare Aufrüstung zu verschlingen droht, braucht unsere Gesellschaft wahrlich dringender für die Daseinsvorsorge als für die Zerstörung der Zivilisation.

Da die Entscheidung darüber nach der Bundestagswahl 2021 fällt, ist das für uns ein bedeutsames Thema des Wahlkampfes. Von der künftigen Bundesregierung erwarten wir, dass sie den UN-Atomwaffenverbot unterzeichnet und vom Bundestag seine Ratifikation. Die in Büchel lagern den US-Atombomben müssen aus Deutschland entfernt werden!

Das neue Waffensystem FCAS (Future Combat Air System oder „System der Systeme“) darf nicht entwickelt werden. Das hunderte Milliarden teure Luftwaffenprojekt soll ab 2040 Tarnkappenbomber mit Atombewaffnung, umgeben von autonom agierenden Drohnenschwärmen, eingewoben in Künstlicher Intelligenz, beinhalten. Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Spaniens haben für die Luftfahrtkonzerne Airbus und Dassault in ihren Ländern bereits erste Finanzierungsschritte unternommen. FCAS soll der EU einen militärischen Weltmachtstatus beschere. Parteien, die FCAS stützen, sind aus ökologischen und auf den Frieden bezogenen Gründen unwählbar.

Ebenso eindeutig sind Parteien für uns unwählbar, die sich nicht klar gegen Killerdrohnen stellen. Bewaffnete Drohnen senken, wie dieses Jahr der

Krieg um Bergkarabach zeigte, die Schwelle zum Angriffskrieg. Sie sind Instrumente außergerichtlicher Exekutionen, die USA setzen sie ohne Kriegserklärung ein. Mit diesen Völkerrechtsbrüchen verwischen sie die Grenzen zwischen Krieg und Frieden.

Eine weitere Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung bis 2031, wie sie die amtierende Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer anstrebt, ist nicht hinzunehmen. Es würde eine Verdoppelung auf fast 100 Mrd. Euro jährlich bedeuten. Das Geld würde bei der notwendigen sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft fehlen, u.a. in der Klimakrisenbekämpfung, bei der Sozialpolitik, bei Bildung und Kultur, im Gesundheitswesen, in der Rüstungskonversion.

Die Bundestagswahl 2021 stellt Weichen für Entscheidungen von existenzieller Reichweite.

Wir fordern für die zukünftige Regierungspolitik entschiedene Schritte zur Abrüstung und zur Konversion der Rüstungsindustrie in eine Friedensindustrie – Abrüstung, Vertrauensbildung und Diplomatie auf Augenhöhe sind das Gebot der Stunde!

Kann man den Frieden wählen? Nein, aber man kann selbst aktiv werden und den friedenspolitischen Druck auf die Straße, in die Gewerkschaften, in die Kirchen und auch in die politischen Parteien hineinragen. Und die Parteien und Politiker\*innen befragen, inwieweit sie die hier formulierten friedenspolitischen Grundsätze mittragen.

Wir werden keine Partei und keine Kandidat\*innen wählen, die Aufrüstung und Auslandseinsätzen zustimmen!

### Aufruf zur #unteilbar-Demonstration am 4. September 2021 in Berlin Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft!

Die politischen und gesellschaftlichen Missstände haben sich im vergangenen Jahr dramatisch zugespitzt. Weltweit wurde mit der Pandemie offensichtlich, was gesellschaftlich falsch läuft. Auch in Deutschland sind immer mehr Menschen von Armut betroffen oder haben Existenzängste.

Gleichzeitig werden die Auswirkungen des Klimawandels immer bedrohlicher. Weltweit wurde mit der Pandemie offensichtlich, was gesellschaftlich falsch läuft. Während Menschenfeindlichkeit und Rassismus vermehrt Zustimmung finden, sterben täglich Menschen an den EU-Außengrenzen. [...] Stoppen wir die soziale Spaltung der Gesellschaft und die Verschärfung der Klimakrise! Streiten wir für eine Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst selbstbestimmt leben können und in der das Wohl aller im Mittelpunkt steht! [...]



## Tatort Stuttgart: Was macht das Africom überhaupt in Afrika?

2008 wurde in Stuttgart das US-Regionalkommando Africom eingerichtet. Vorausgegangen war dieser Festlegung eine Standortsuche in Afrika selbst. Keines der Länder, mit denen entsprechende Verhandlungen geführt wurden, war jedoch dazu bereit, dieses als Gastland aufzunehmen. Daraus zu folgern, dass Stuttgart deshalb eine Verlegenheitslösung wäre, führt jedoch zu einem Trugschluss. Hierzu muss man verstehen, nach welchen Kriterien in den letzten 20 Jahren von den US-Militärs neue Standorte für Militärbasen akquiriert wurden.

Abseits der Haupt-Kriegsschauplätze Afghanistan und Irak mit der dort zeitweise vorhandenen Vielzahl größerer Militärbasen wurde nach Recherchen des US-Buchautors David Vine spätestens 2009 die Lily Pad („Seerosen“-)Strategie offiziell. Diese besagt, dass man sich über offiziell so genannte „Cooperative Security Location“ an möglichst vielen Standorten unauffällig einnistet. Die Seerosen-Metapher verweist auf einen Frosch, der von einem Seerosen-Blatt auf ein anderes springt, ohne dabei einen Fußabdruck zu hinterlassen.

David Vine schätzt in seinem Buch „Base Nation“ aus dem Jahr 2015, dass mindestens 50 derartige Standorte erfolgreich akquiriert wurden, vor allem in Afrika.

An offiziellen Verlautbarungen über Einsatzorte in Afrika, die vom Africom in Stuttgart gesteuert werden, erfährt man natürlich sehr wenig. Der Africom-Kommandant berichtet aber seit einigen Jahren regelmäßig vor dem US-Senat über die von ihm geleiteten militärischen Aktivitäten. Im veröffentlichten (Teil-)Bericht 2020 von General Townsend, der diesen Posten sechs Monate zuvor übernommen hatte, heißt es z.B. fett gedruckt: *„Die Operationen des U.S. Africa Command sind ein Schnäppchen für Amerika ... ein kleine Prävention, die nur ein paar Cent pro Dollar unserer Verteidigungsausgaben ausmacht.“* Ähnliches findet sich in dem

entsprechenden Bericht für 2021. Auffallend ist aber im Vergleich beider Berichte, dass bei der Nennung strategischer Rivalen mittlerweile Russland weniger relevant gegenüber China geworden ist. Dieses beiden Ländern wenig Raum zu geben, ist für das Africom eindeutig die selbst so definierte strategische Kernaufgabe.

Offiziell sind US-Militärbasen in Afrika nur in Djibouti und Kenia vorhanden. David Vine geht hingegen von mindestens 40 Ländern Afrikas aus, in denen eine US-Militärpräsenz angenommen werden kann. Die mittlerweile zahlreichen Stationierungsorte für Kampfdrohnen sind ja auch gemäß Definition des US-Militärs keine „bases“, sondern nur „Forward operating sites“ im Kampf gegen Terrorismus. Diese Standorte sind allerdings auf relativ wenige Länder wie Djibouti, Niger, Mali und Tunesien beschränkt.

Es bleibt deshalb die Frage, welche Interessen die meisten afrikanischen Länder an der US-Militärpräsenz über Lily Pads haben, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dieser Länder die USA gegenüber China und Russland zunehmend an Boden verlieren, was ja auch vom Africom als Hauptproblem angesehen wird.

David Vine verweist dazu auf die „Kernkompetenz“, bei denen die USA nach wie vor weltweit führend sind. Um die Effizienz des nationalen Militärs zu verbessern, sind die jeweiligen Machthaber in Afrika gerne dazu bereit, US-Militärs als Ausbilder ins Land zu holen, deren Hauptbeschäftigung ohnehin in der Ausbildung des eigenen Personals besteht. Dieses kann über Lily Pads problemlos erfolgen und bedarf keiner hoch angesiedelten Militärmission wie z.B. bei dem EU-Einsatz in Mali (EUTM) unter starker Bundeswehrebeteiligung.

Da die o.g. Lily Pad-Strategie darauf angelegt ist, möglichst wenig lokale Proteste gegen die US-Militär-



Kundgebung Menschenkette am 6.6.2015 in Stuttgart. Foto: MTFoto

präsenz zu provozieren, verbleibt im wesentlichen nur ein Standort gegen diese Art der US-Militärpräsenz in Afrika, nämlich das Africom in Stuttgart.

Die Forderung nach Schließung des Africoms ist – ebenso wie die nach Schließung des Eucom – seit Jahren auf der regionalen Agenda, z.B. bei den jährlichen Ostermärschen. Seit einigen Jahren ist dieses eine der Hauptforderungen der internationalen Kampagne *The Black Alliance for Peace*. Diese versteht sich selbst als Bestandteil anderer Netzwerke, wie der „Coalition Against US Foreign Military Bases“.



Der 30.4.2021 war „Internationaler Aktionstag gegen Militärbasen, Kommandozentralen & Rüstungsstandorte“. In Deutschland erfolgten dazu Aktionen in Ramstein und Berlin sowie in Stuttgart vor dem Haupteingang der Kelley Barracks in Stuttgart-Möhringen. Kundgebung und Mahnwache in Stuttgart unter dem Motto „AFRICOM & EUCOM schließen – für eine Politik des Friedens“ wurden organisiert von der *Gesellschaft Kultur des Friedens (GFK)*.

Karl-Heinz Peil

# Neues Visualisierung-Tool für fremde Militärbasen weltweit

Seitens der Kampagne "Stopp Air Base Ramstein" steht ein neues Datenbank- und Visualisierungstool für globale Militärbasen unter der Adresse <https://visualbases.org> im Internet zur Verfügung. VisualBases enthält eine umfangreiche Datenbank mit aktuell bereits über 300 militärischen Standorten und regionalen, militärischen "Hot Spots", die laufend aktualisiert werden. Eine besondere Rolle spielt dabei die Kennzeichnung des lokalen Widerstandes.

Integriert sind jeweils Web-Links zu Kartendarstellungen in OpenStreetMap mit Markierungen militärisch ausgewiesener Flächen, sowie die Geo-Koordinaten für Satellitenbilder. Parallel dazu können in Google Earth globale und regionale Übersichten sowie Einzelprojektionen und historische Bilder von militärischen Installationen aufgerufen werden. Diese lassen sich für Dokumentationen und Präsentationen auch als Bildschirmkopien unter Beachtung der Copyright-Regeln von Google und OpenStreetMap nutzen.

Darüber hinaus sind in der Datenbank bereits etwa 100 Karten- und Satellitenbilddarstellungen direkt integriert. Soweit verfügbar, enthalten die Einträge auch Links zu Wikipedia-Artikeln.

Das Tool ist sowohl ein Serviceangebot für die internationale Friedensbewegung als auch eine Plattform für den im Rahmen der jährlichen Aktionstage der Ramstein-Kampagne seit 2017 stattfindenden, englischsprachigen "Congress against Foreign Military Bases", der am 8. und 9. Juli zum fünften Mal (in Kaiserslautern) stattfindet.



Screenshot oben: Direkte Such- und Auswahlfunktionen auf der Homepage [www.visualbases.org](http://www.visualbases.org)



Bild oben: Die in VisualBases zusammen gestellten Objekte können als entsprechende Datei in Google Earth aufgerufen und bei Bedarf als Bild exportiert werden.



Kartenausschnitt unten: Alle Objekte in VisualBases haben Links zu Kartenansichten in OpenStreetBrowser, wo die militärischen Sperrgebiete dargestellt sind und teilweise auch deren Funktion bezeichnet ist. In vielen Fällen ist auch ein direkter Link zu Wikipedia-Einträgen vorhanden.

Screenshot oben: Alternativ zur Darstellung in Google Earth kann auch das Programm KML-/KMZ-Viewer über einen Web-Browser aufgerufen werden. Die farblich differenziert markierten Militärbasen können dort sowohl in der Kartenansicht wie auch mit Satellitenbildern dargestellt werden (vergleichbar mit Google Maps).

